

Bezeichnung des Ausschusses

Finanzausschuss

Tag der Sitzung

11.04.2005

Beginn der Sitzung

17.00 Uhr

Ende der Sitzung

19.38 Uhr

Ort der Sitzung

Historisches Rathaus, Zimmer 4

Anwesend

Herr Schulz, Vorsitzender

Ratsherr Lübbert

Ratsherrin Frau Künzl-Jauß

Ratsherr Geest

Ratsherr Michels in Vertretung für Ratsherrin Frau Reichhelm

Ratsherr Dawiec in Vertretung für Ratsherrn Schuchardt bis 19.00 Uhr (TOP 6)

Frau Nowak

Herr Hinck

Herr H. Lutz in Vertretung für Frau Schmidt

es fehlten

Ratsherrin Frau Reichhelm

Frau Schmidt

Ratsherr Schuchardt

Ferner anwesend

Bürgermeister Köhnke

Ratsherrin Frau Wittek-Sachs

Ratsherr Gründel ab 17.20 Uhr

Ratsherr Jauß

Ratsherr Rosenwanger

Ratsherr Scheidler

Herr Jörgensen

Bürgermeister Blaschke

Herr Heideck, Dezernat II

Herr Simon, Bürgermeisterbüro

Herr Springer, Rechnungsprüfungsamt

Herr H. Carstens, Amt für Finanzen

Herr Ehrich, Norddeutsche Rundschau

Protokollführer

Herr T. Carstens

Unterschrift des Vorsitzenden bzw. Vertreters

gez. Schulz

Unterschrift des Protokollführers

gez. T. Carstens

Der Vorsitzende begrüßte die Sitzungsteilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben. Es wurde einstimmig beschlossen, sämtliche Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Schulz, verpflichtete per Handschlag das stellvertretende bürgerschaftliche Ausschussmitglieder, Herrn Volker Jörgensen, seine Amtspflichten gewissenhaft und uneigennützig zu erfüllen und über dienstliche Vorgänge Verschwiegenheit zu bewahren.

TOP 1: Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 2: Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses vom 28.02.2005

Einwendungen gegen das Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses vom 28.02.2005 wurden nicht erhoben.

TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen und Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung

3.1 Kostenloses Parken auf den städtischen Parkplätzen

Bürgermeister Blaschke teilte mit, dass der von der Ratsversammlung am 19.04.2004 für ein Jahr beschlossene Probezeitraum für die Aktion „kostenloses Parken auf den städtischen Parkplätzen an Samstagen“ Ende April ausläuft und eine Entscheidung von der Ratsversammlung über das weitere Vorgehen getroffen werden muss.

Da die nötigen Auswertungen im Hinblick auf die Kosten- und Nutzenrelation nicht bis zur nächsten Sitzung der Ratsversammlung am 28.04.2005 vorliegen werden, empfahl der Bürgermeister diese Thematik im Rahmen der Ratsversammlung am 23.06.2005 unter Berücksichtigung der dann vorliegenden Ergebnisse zu beraten.

Des Weiteren teilte er mit, dass die Einnahmen aus den Parkscheinautomaten der städtischen Parkplätze von Mai 2004 bis März 2005 einen Rückgang in Höhe von 7.627,67 € gegenüber dem Zeitraum von Mai 2003 bis März 2004 aufweisen (s. Anlage zu TOP 3.1). Die Einnahmen für April 2005 liegen noch nicht vor, sodass dieser Monat auch in 2004 nicht berücksichtigt worden ist.

Das Gremium sprach sich nach kurzer Diskussion dafür aus, dass in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung zunächst eine formelle Verlängerung des Probezeitraums um 2 Monate bis zum 30.06.2005 erfolgen sollte und in der Sitzung am 23.06.2005 eine endgültige Entscheidung durch den Rat der Stadt über das weitere Vorgehen unter Berücksichtigung der Kosten- und Nutzenaspekte erfolgen sollte. Dabei sollten soweit möglich u. a. auch die Einnahmeausfälle in den Parkhäusern der Stadtwerke, die Einwirkungen durch die geänderten Regelungen hinsichtlich des Parkplatzes an der Adenauerallee und durch die zusätzlich erstellte Parkfläche auf dem Grundstück des alten Theaters sowie die von der Kaufmannschaft bzw. der Stadtmanagement Itzehoe GmbH noch vorzulegenden Daten mit in die Kosten- und Nutzenbetrachtung einbezogen werden.

Bei zeitgerechter Vorlage des Datenmaterials sollte das Thema zudem in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 18.05.2005 behandelt werden.

3.2 Ausschreibung Theatergastronomie

Bürgermeister Blaschke informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass im Rahmen der Ausschreibung der Theatergastronomie nur von einem Bewerber ein den Vorgaben entsprechendes Angebot abgegeben wurde und dass die Verwaltung in Kürze Verhandlungen über die Vertragsgestaltung aufnehmen wird. Zielsetzung ist es, den Vertrag auf 5 Jahre zu befristen.

3.3 Erbbauzinsen Hansestadt Lübeck/Stadt Itzehoe

Protokollnotiz nach Absprache mit der Abteilung Grundstücksverwaltung:

Die Stadt Itzehoe nimmt derzeit eine Erhöhung der Erbbauzinsen vor. Vorab wurde mit Mitarbeitern der Hansestadt Lübeck Kontakt aufgenommen, da dort sehr viele Erbbaurechte verwaltet werden. Im Gegensatz zu den Verträgen der Stadt Itzehoe sind dort in älteren Verträgen jedoch oft keine Anpassungsklauseln enthalten, so dass dort über den "Wegfall der Geschäftsgrundlage" eine Erhöhung des Erbbauzinses begründet wird.

Die Stadt Itzehoe kann aufgrund der vorliegenden Anpassungsklauseln regelmäßig Erhöhungen vornehmen, was auch erfolgt, sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse (Verbraucherpreisindex und Lohn- und Gehaltsentwicklung) um 15 % verändert haben. Diese Voraussetzung liegt aktuell vor, so dass die Erhöhung umgesetzt wird.

3.4 Wohnraumsituation Thormählen

Auf Nachfrage aus der Mitte des Ausschusses erläuterte Bürgermeister Blaschke, dass die Stadt keine Unterstützungsleistungen für die Belegung von Wohnungen im Bestand von Herrn Dr. Thormählen erbringt.

Zudem teilte er mit, dass im Hinblick auf die weitere Vorgehensweise zur Thematik Gebäudebestand von Herrn Dr. Thormählen am 19.04.2005 ein internes Abstimmungsgespräch unter Beteiligung der betroffenen Kommunen, des Innenministeriums und von Herrn Dr. Thormählen geplant ist.

STADT ITZEHOE Der Bürgermeister	<input type="checkbox"/>	Sitzungsvorlage	Seite	Sitzungstermin	TOP
	<input type="checkbox"/>	Hauptausschuss		11.04.2005	4
	<input type="checkbox"/>	Fachausschuss		Aktenzeichen	
	<input type="checkbox"/>	vertraulich		200.01/903/03/5/2005	
	<input type="checkbox"/>	nicht vertraulich			
Entscheidungsvorlage					
Amt/Abteilung Amt für Finanzen/Abteilung Finanzen					
Gremium Finanzausschuss		<input type="checkbox"/>	endgültige Beschlussfassung		
		<input type="checkbox"/>	Beschlussempfehlung an Ratsversammlung		
		<input checked="" type="checkbox"/>	Anhörung / Information		
Anlagen Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004					
Betreff Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004					
1. Beschluss-/Entscheidungsvorschlag Der Finanzausschuss nimmt vom Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 Kenntnis.					
2. Beschluss/Entscheidung/Empfehlung (abweichend oder ergänzend vom o.g. Vorschlag)					
3.	<input type="checkbox"/>	Verweisung Bürgermeister/in an	ausschuss	Unterschrift Bürgermeister/in	
4.	<input type="checkbox"/>	Verweisung an andere Ausschüsse			
Beratungsergebnis				Sitzung am	TOP
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich		<input type="checkbox"/> nichtöffentlich		11.04.2005	4
		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mit Stimmenmehrheit		Beglaubigt
					gez. T. Carstens
<input checked="" type="checkbox"/>	lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/>	abweichender / ergänzender Beschluss		<input type="checkbox"/>
					in das Berichtswesen aufzunehmen
Der Bürgermeister					
<input type="checkbox"/> stimmt dem Entscheidungs- vorschlag zu				<input type="checkbox"/> trifft folgende abweichende/ergänzende Entscheidung (siehe 2.)	
				Datum, Unterschrift	

Erläuterungen	Seite	TOP 4	
<p>Der Finanzausschuss ist bereits in seiner Sitzung am 28.02.2005 über das Ergebnis der Jahresrechnung 2004 in Kenntnis gesetzt worden.</p> <p>Der Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung 2004 als Grundlage für die vom Rechnungsprüfungsamt vorzunehmende Prüfung der Jahresrechnung ist zwischenzeitlich fertig gestellt worden und dem Rechnungsprüfungsamt mit Schreiben vom 07.03.2005 übersandt worden.</p> <p>Als Anlage ist der Erläuterungsbericht mit seinen wesentlichen Anlagen zur Kenntnisnahme beigefügt.</p>			
Finanzielle Auswirkungen			Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.
	ja (bitte erläutern)	<input checked="" type="checkbox"/>	nein
Mitwirkung anderer Ämter?	<input checked="" type="checkbox"/>	ja (bitte Ergebnis darstellen)	nein
<p>Die Stellungnahmen und Erläuterungen der verantwortlichen Fachämter bzw. Fachabteilungen zu erläuterungsbedürftigen Sachverhalten wurden in den Erläuterungsbericht bzw. in die dazugehörigen Anlagen – soweit erforderlich – eingearbeitet.</p>			
Freigabe der Vorlage für die Internetpräsentation durch den Bgm o.V.	<input checked="" type="checkbox"/>	ja	nein
Izehoer, Datum	Unterschrift Bürgermeister/Amtsleiter		
21.03.2005	gez. Blaschke		

Aussprache	Seite	TOP 4
<p>Herr H. Carstens gab zunächst folgende redaktionelle Änderungen zur Vermögensübersicht der Jahresrechnung 2004 bekannt:</p>		
<p>S. 37/Punkt 7.2 -Betriebs- und sonstige technische Anlagen-:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Streiche in Spalte 2 den Betrag 186 T € und setze 412 T € • Streiche in Spalte 4 den Betrag 21 T € und setze 247 T € <p>S. 37/Punkt 8.2 –Bewegliche Sachen (Inventar/Ausstattung)-:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Streiche in Spalte 2 den Betrag 2 T € und setze 1 T € 		
<p>Die Änderungen sind darauf zurück zuführen, dass im Rahmen der Vermögensübersicht für das Jahr 2003 versehentlich ein Zugang in Höhe von 227 T € im Bereich der Betriebs- und sonstige technische Anlagen angegeben wurde und daher ein Abgleich über die Jahresrechnung 2004 erfolgen musste. Zudem entstanden Rundungsfehler in der Spalte 4 des Gliederungspunktes 7.2 und in der Spalte 2 des Gliederungspunktes 8.2.</p>		
<p>Anschließend wurden von Herrn H. Carstens verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder zu den Inhalten kostenrechnende Einrichtungen, Restebereinigung, Entwicklung der Personalkosten, Gruppierungsübersicht sowie Vermögensübersicht des Erläuterungsberichtes zur Jahresrechnung 2004 beantwortet.</p>		
<p><u>Protokollnotiz der Personalabteilung:</u></p>		
<p>Entwicklung der Personalausgaben auf der Grundlage der Ergebnisse der Jahresrechnung hier: Vergleich Verwaltungsdienststellen/Einrichtungen und Betriebe 2003 zu 2004</p>		
<p>Zu der unter TOP 4 der letzten Finanzausschusssitzung aufgeworfenen Frage nach der Entwicklung der Personalkosten 2003 zu 2004 (siehe Material zu TOP 4, S. 32) werden folgende Ausführungen gemacht:</p>		
<p>Die Abschlüsse der letzten Tarifrunde und die letzte Besoldungsanhebung haben in ihren Auswirkungen das Rechnungsjahr 2004 in vollem Umfang getroffen. Das wird aus der Entwicklung der Gesamtpersonalausgaben auch deutlich. Allein diese tariflichen Steigerungen und die Besoldungsanhebung hätten für sich betrachtet letztendlich eine Personalkostensteigerung in Höhe von rd. 270.000,00 € herbeigeführt. Diese konnte allerdings z.T. noch kompensiert werden durch verschiedene Personalmaßnahmen. Dennoch verblieb bei den Verwaltungsdienststellen die dargestellte tarifliche Kostensteigerung. Im Bereich der Einrichtungen und Betriebe, zu denen auch der Baubetriebshof zählt, wurde das Rechnungsergebnis durch 3 Fälle nicht vorhersehbarer langfristiger Erkrankungen, mit denen der Fortfall der Lohnfortzahlung einherging, beeinflusst. Hier wäre das Rechnungsergebnis 2004 ansonsten sicherlich auch höher als das des Jahres 2003 ausgefallen. Anzumerken ist des Weiteren, das der Schwerpunkt abgeschlossener Vereinbarungen nach dem Altersteilzeitgesetz, aufgrund derer 2004 Mitarbeiter/Innen in die sog. Freiphase gingen, ohne, dass ihre Stellen nachbesetzt wurden, eindeutig im Bereich des Baubetriebshofes lag. Das liegt auch an der Altersstruktur, die in dieser Einrichtung einen höheren Altersdurchschnitt aufweist, wie in den meisten Verwaltungsdienststellen.</p>		
		<p>Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr. 1</p>

Stadt Itzehoe Der Bürgermeister	Seite	Ergänzungsblatt Nr.1
Gremium Finanzausschuss		TOP 4
<input type="checkbox"/> Erläuterungen	<input checked="" type="checkbox"/> Beschluß-/Entscheidungsvorschlag	
<input checked="" type="checkbox"/> Aussprache	<input type="checkbox"/> Abweichende(r) Beschluß/Entscheidung	
<input type="checkbox"/> Ergänzende(r) Beschluß/Entscheidung		
<p>Dieser Übertritt in die Freiphase ohne Nachbesetzung beeinflusste ebenfalls die auf die Einrichtungen und Betriebe entfallenden Personalkosten.</p> <p>Eine den dargestellten Personalkostensteigerungen proportional entsprechende Stellenausweitung hat es, wie die Darstellungen im Stellenplan 2004 belegen, bei den Verwaltungsdienststellen nicht gegeben. Lediglich eine Stelle musste bei den Verwaltungsdienststellen zusätzlich bereitgestellt werden, weil nach einer Ausbildung, eine Übernahmeverpflichtung nach dem Soldatenversorgungsgesetz zu erfüllen war.</p> <p>Die sich für 2004 ergebenden Rechnungsergebnisse bei den Personalkosten gehen somit nicht auf eine expansionistische Personalwirtschaft zurück.</p>		
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.

STADT ITZEHOE Der Bürgermeister	<input type="checkbox"/>	Sitzungsvorlage	Seite	Sitzungstermin	TOP
	<input type="checkbox"/>	Hauptausschuss		11.04.2005	5
	<input type="checkbox"/>	Fachausschuss		Aktenzeichen	
	<input type="checkbox"/>	vertraulich		200.01/966/00/1	
	<input type="checkbox"/>	nicht vertraulich			
Entscheidungsvorlage					
Amt/Abteilung Amt für Finanzen/Abteilung Finanzen					
Gremium Finanzausschuss		<input type="checkbox"/>	endgültige Beschlussfassung		
		<input type="checkbox"/>	Beschlussempfehlung an Ratsversammlung		
		<input checked="" type="checkbox"/>	Anhörung / Information		
Anlagen Schreiben des Kreises Steinburg vom 01.03.2005; Antwortschreiben der Stadt Itzehoe vom 17.03.2005					
Betreff Sachstandsbericht zur Entwicklung der Kreisumlage.					
1. Beschluss-/Entscheidungsvorschlag Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.					
2. Beschluss/Entscheidung/Empfehlung (abweichend oder ergänzend vom o.g. Vorschlag)					
3.	<input type="checkbox"/>	Verweisung Bürgermeister/in an	ausschuss	Unterschrift Bürgermeister/in	
4.	<input type="checkbox"/>	Verweisung an andere Ausschüsse			
Beratungsergebnis <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich				Sitzung am 11.04.2005	TOP 5
<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mit Stimmenmehrheit	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				Enthaltungen	Beglaubigt
					gez. T. Carstens
<input checked="" type="checkbox"/>	lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/>	abweichender / ergänzender Beschluss	<input type="checkbox"/>	in das Berichtswesen aufzunehmen
Der Bürgermeister					
<input type="checkbox"/>	stimmt dem Entscheidungs-		trifft folgende abweichende/ergänzende		Datum, Unterschrift
<input type="checkbox"/>	vorschlag zu		Entscheidung (siehe 2.)		

Erläuterungen	Seite	TOP 5
<p>Mit Schreiben vom 01.03.2005 hat der Kreis Steinburg das nach § 28 Abs. 4 FAG erforderliche Anhörungsverfahren der hauptamtlich verwalteten kreisangehörigen Gemeinden sowie Ämter bei einer beabsichtigten Veränderung der Umlagesätze für die allgemeine und/oder zusätzliche Kreisumlage eingeleitet. Die hauptamtliche Verwaltung des Kreises Steinburg beabsichtigt, dem Kreistag eine Anhebung der allgemeinen Kreisumlage um 4%-Punkte vorzuschlagen. Ferner ist vorgesehen, die Gemeinden des Kreises an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II durch Satzung mit 23 % zu beteiligen. Die Stellungnahmen der anzuhörenden Kommunen waren bis zum 21.03.2005 abzugeben. Zur weiteren Erläuterung wird auf das in Anlage beigefügte Schreiben verwiesen.</p>		
<p>Am 10.03.2005 fand auf der Grundlage der vom Kreis Steinburg übersandten Unterlagen und des Zahlenmaterials eine Erörterung mit Vertretern der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter unter Beteiligung von Herrn Otto vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag statt. Dabei wurde festgestellt, dass eine Kreisumlagenanhebung aufgrund der gegenwärtig bekannten Finanzdaten im Zuge der Umsetzung der Hartz IV-Reform nicht erforderlich ist. Die zusätzlichen Belastungen des Kreises belaufen sich entgegen der Darstellung im Schreiben des Kreises vom 01.03.2005 lediglich auf rd. 2,45 Mio. EUR und werden über die 23%ige Kostenbeteiligung des kreisangehörigen Bereichs an den Kosten der Unterkunft und Heizung abgedeckt. Eine Kreisumlageerhöhung begründet sich daher ausschließlich aufgrund struktureller Verschlechterungen des Kreishaushalts 2005 gegenüber den Vorjahren. Die Umlagegrundlagen für die Kreisumlagen (Finanzkraftzahlen der kreisangehörigen Gemeinden) sind gegenüber 2004 um mehr als 22,6 Mio. EUR gesunken.</p>		
<p>Die von der hauptamtlichen Verwaltung der Stadt Itzehoe abgegebene Stellungnahme zur vorgesehenen Kreisumlageanhebung ist als Anlage zur Kenntnisnahme beigefügt.</p>		
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/>	ja (bitte erläutern)
<p>Eine Anhebung der Kreisumlage um vier Umlagepunkte auf 33 % führt zu Mehrausgaben bei der Stadt Itzehoe in Höhe von 820.500,00 EUR gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz. Die Gemeindebeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung werden nach gegenwärtigem Kenntnisstand auf rd. 1,420 Mio. EUR beziffert. Die notwendigen haushaltsmäßigen Veränderungen sind im I. Nachtragshaushalt 2005, der voraussichtlich am 23.05.2005 im Finanzausschuss beraten wird und der Ratsversammlung in ihrer Sitzung am 23.06.2005 zur Beschlussfassung vorgelegt wird, zu berücksichtigen.</p>		
Mitwirkung anderer Ämter?	<input checked="" type="checkbox"/>	ja (bitte Ergebnis darstellen)
<p>Amt für Jugend und Soziales im Zusammenhang mit der Ermittlung der finanziellen Folgen der Hartz IV-Umsetzung sowohl beim Kreis Steinburg als auch bei der Stadt Itzehoe</p>		
Freigabe der Vorlage für die Internetpräsentation durch den Bgm o.V.	<input checked="" type="checkbox"/>	ja
Itzehoe, Datum 21.03.2005	Unterschrift Bürgermeister/Amtsleiter gez. Blaschke	

Aussprache	Seite	TOP 5
<p>Bürgermeister Blaschke teilte mit, dass der Kreistag des Kreises Steinburg in der 16 Kalenderwoche u. a. beabsichtigt, die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden in Höhe von 23 % an den vom Kreis zu erbringenden Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II und die Anhebung des Kreisumlagesatzes um 4 % zu beschließen.</p> <p>Es schloss sich eine ausführliche, zum Teil kontroverse Diskussion im Hinblick auf die Finanzierung des Kreises über die Erhöhung der Kreisumlage an.</p> <p>Daraufhin machte Bürgermeister Blaschke deutlich, dass die Finanzhoheit der Kreise und damit u. a. das Recht der Kreise auf Finanzierung über die Kreisumlage verfassungsrechtlich verankert ist.</p> <p>Zudem erläuterte er, dass sich bei der Gegenüberstellung der Belastung der Stadt Itzehoe durch das SGB II und der Entlastung durch den Wegfall der bisherigen BSHG-Leistungen für die Stadt Itzehoe eine Nettoentlastung ergeben wird.</p> <p>Der Leiter des Amtes für Finanzen betonte, dass der I. Nachtrag 2005 vornehmlich nur für die sich im Rahmen von SGB II bzw. Hartz IV ergebenden Änderungen vorgesehen ist und dass darüber hinaus entstehender Änderungsbedarf im Wesentlichen erst im Rahmen des II. Nachtrages im Herbst dieses Jahres Berücksichtigung finden wird. Des Weiteren setzte der Leiter des Amtes für Finanzen die Ausschussmitglieder darüber in Kenntnis, dass sich zurzeit eine strukturelle Verbesserung der Haushaltslage abzeichnet.</p>		
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.

STADT ITZEHOE Der Bürgermeister	<input checked="" type="checkbox"/>	Sitzungsvorlage	Seite	Sitzungstermin	TOP
		Hauptausschuss		11.04.2005	6
	<input checked="" type="checkbox"/>	Fachausschuss		Aktenzeichen	
		vertraulich		200.02/903/01/201	
	<input checked="" type="checkbox"/>	nicht vertraulich			
		Entscheidungsvorlage			
Amt/Abteilung Amt für Finanzen/Abteilung Finanzen					
Gremium Finanzausschuss		<input checked="" type="checkbox"/>	endgültige Beschlussfassung		
			Beschlussempfehlung an Ratsversammlung		
			Anhörung / Information		
Anlagen Entwurf einer Prioritätenliste für Maßnahmen des Vermögenshaushaltes 2006					
Betreff Prioritätenliste Vermögenshaushalt 2006					
1. Beschluss-/Entscheidungsvorschlag Der Finanzausschuss beschließt als Grundlage für das Haushaltsaufstellungsverfahren 2006 die als Anlage beigefügte Prioritätenliste unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung erarbeiteten Änderungen. Soweit neue, bisher nicht berücksichtigte Maßnahmen für den Vermögenshaushalt 2006 vorgesehen sind, ist im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Aufstellung der HU Bau oder der Empfehlung zur Neuaufnahme der Maßnahme für 2006 auch die Einordnung der Maßnahme in die Prioritätenliste 2006 vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung über Änderungen oder Ergänzungen der Prioritätenliste 2006 trifft der Finanzausschuss.					
2. Beschluss/Entscheidung/Empfehlung (abweichend oder ergänzend vom o.g. Vorschlag)					
3.		Verweisung Bürgermeister/in an	ausschuss	Unterschrift Bürgermeister/in	
4.		Verweisung an andere Ausschüsse			
Beratungsergebnis				Sitzung am	TOP
		<input type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich		
		<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				Enthaltungen	
				Beglaubigt	
				gez. T. Carstens	
		<input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender / ergänzender Beschluss	<input type="checkbox"/> in das Berichtswesen aufzunehmen	
Der Bürgermeister					
		stimmt dem Entscheidungs-		trifft folgende abweichende/ergänzende	
<input type="checkbox"/> vorschlag zu		<input type="checkbox"/>		Entscheidung (siehe 2.)	
				Datum, Unterschrift	

Erläuterungen	Seite	TOP 6
<p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2004 hatte der Finanzausschuss eine Änderung des methodischen Verfahrens zur Aufstellung des Vermögenshaushaltes dahingehend beschlossen, dass künftig eine stärker einnahmeorientierte Haushaltsplanung und –aufstellung vorgenommen wird.</p>		
<p>Wie bereits bei der Aufstellung des Vermögenshaushaltes 2005 praktiziert, sollen die Fraktionen der Ratsversammlung auf der Grundlage der Finanzplanungsdaten im Laufe des Jahres darüber beraten, in welcher Höhe eine Netto-Neuverschuldung für das Folgejahr kalkuliert werden soll. An diesem Betrag soll sich die Höhe der Ausgaben orientieren.</p>		
<p>Für die im Haushaltsjahr 2006 geplanten Maßnahmen des Vermögenshaushaltes ist eine durchlaufende Prioritätenliste zu erstellen. Diese Prioritätenliste ist im ersten Halbjahr 2005 durch den Finanzausschuss abschließend zu beraten und zu beschließen. Jede sich im Laufe des Jahres ergebende neue Investitionsmaßnahme ist in die Prioritätenliste einzuarbeiten, wodurch sich entsprechende Rangverschiebungen ergeben. Die Verwaltung bzw. die Fachausschüsse haben jeweils einen entsprechenden Rangvorschlag zu unterbreiten.</p>		
<p>Auf der Grundlage der nach dem Investitionsprogramm 2004 – 2008 für 2006 vorgesehenen Investitionsmaßnahmen ist durch die Verwaltung ein Entwurf einer Prioritätenliste in Anlehnung an das bei den Haushaltsberatungen 2005 praktizierte Verfahren erstellt worden. Zusätzlich aufgenommen wurden einige bisher nicht im I-Programm enthaltene Maßnahmen. Diese sind durch die Bezeichnung "neu" kenntlich gemacht. Die einzelnen Maßnahmen wurden verschiedenen Kategorien zugeordnet und innerhalb dieser einer Rangfolge unterworfen. Zum Teil wurden Maßnahmen auch verschiedenen Kategorien mit Teilbeträgen zugeordnet. Eine Beschreibung der Kategorien befindet sich am Ende der Prioritätenliste.</p>		
<p>Nach der Finanzplanung 2004 – 2008 ist für 2006 bisher unter Berücksichtigung aller im I-Programm enthaltenen Maßnahmen eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von 3.279.000 EUR vorgesehen. Die Abweichung zu dem in der Prioritätenliste ausgewiesenen Endbetrag von 3.566.500 EUR ergibt sich aus der Aufnahme der neuen Maßnahmen sowie aufgrund von Rundungen in der Finanzplanung.</p>		
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr. 1
Finanzielle Auswirkungen	ja (bitte erläutern)	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Mitwirkung anderer Ämter?	<input checked="" type="checkbox"/> ja (bitte Ergebnis darstellen)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<p>Der vorgelegte Entwurf ist unter Federführung aller Fachämter unter Federführung des Amtes für Finanzen erarbeitet worden.</p>		
Freigabe der Vorlage für die Internetpräsentation durch den Bgm o.V.	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Itzehoe, Datum 21.03.2005	Unterschrift Bürgermeister/Amtsleiter gez. Blaschke	

Stadt Itzehoe Der Bürgermeister	Seite	Ergänzungsblatt Nr. 1										
Gremium Finanzausschuss		TOP 6										
<input checked="" type="checkbox"/> Erläuterungen	<input type="checkbox"/> Beschluß-/Entscheidungsvorschlag											
<input type="checkbox"/> Aussprache	<input type="checkbox"/> Abweichende(r) Beschluß/Entscheidung											
	<input type="checkbox"/> Ergänzende(r) Beschluß/Entscheidung											
Der in der Prioritätenliste in Abzug gebrachte Betrag "Einnahmen des Vermögenshaushaltes" (-697.800 EUR) setzt sich folgendermaßen zusammen:												
<table border="1"> <tr> <td>Rückflüsse von Darlehen</td> <td style="text-align: right;">270.700 EUR</td> </tr> <tr> <td>Grundstücksverkaufserlöse</td> <td style="text-align: right;">256.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Beiträge</td> <td style="text-align: right;">56.100 EUR</td> </tr> <tr> <td>Zuweisungen für Maßnahmen aus Vorjahren</td> <td style="text-align: right;">115.000 EUR</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;">697.800 EUR</td> </tr> </table>			Rückflüsse von Darlehen	270.700 EUR	Grundstücksverkaufserlöse	256.000 EUR	Beiträge	56.100 EUR	Zuweisungen für Maßnahmen aus Vorjahren	115.000 EUR		697.800 EUR
Rückflüsse von Darlehen	270.700 EUR											
Grundstücksverkaufserlöse	256.000 EUR											
Beiträge	56.100 EUR											
Zuweisungen für Maßnahmen aus Vorjahren	115.000 EUR											
	697.800 EUR											
Abschließend wird darauf hingewiesen, dass sich im Laufe des Jahres sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen mit Sicherheit noch Veränderungen der eingesetzten Beträge ergeben werden.												
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.										

Aussprache	Seite		TOP 6
<p>Bürgermeister Blaschke machte eingangs dieses Tagesordnungspunktes deutlich, dass nur eine verbindliche Prioritätenliste eine effektive und effiziente Planung der umzusetzenden Maßnahmen ermöglicht und forderte die Selbstverwaltung auf, diesen Aspekt bei den Beratungen zum Thema Prioritätenliste zu berücksichtigen, da sonst der hohe Aufwand für die Pflege der Liste nicht in Relation zum erzielten Nutzen stehen würde.</p> <p>Ratsherr Lübbert betonte, dass die CDU-Fraktion im Hinblick auf die Rangfolge in der Prioritätenliste neben den bisher mit hoher Priorität versehenen Bereichen Schule und Energie auch alle Maßnahmen nach dem Wohnraumversorgungskonzept zukünftig mit Vorrang bewerten möchte.</p> <p>Anschließend beantragte er im Namen der CDU-Fraktion, die Themen Erstellung eines EDV-Konzeptes, Ausschreibung Objektmanagement, Ausschreibung Leistungen des Bauhofes und Wohnraumversorgungskonzept/Stadtentwicklungsplanung im Rahmen des Tagesordnungspunktes Prioritätenliste Vermögenshaushalt 2006 zu beraten (s. Anlage 1 zu TOP 6).</p> <p>Daraufhin führte Bürgermeister Blaschke aus, dass die drei erstgenannten Maßnahmen nicht im Rahmen der Prioritätenliste beraten werden können, da sie nicht dem Vermögenshaushalt, sondern dem Verwaltungshaushalt zu zuordnen sind.</p> <p>Zudem teilte er den Ausschussmitgliedern mit, dass er der Abteilung IT bereits verwaltungsintern einen Auftrag zur Erstellung eines EDV-Konzeptes erteilt hat, das spätestens bis zu den Haushaltsberatungen vorliegen wird.</p> <p>Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Ausschreibung von Bauhofsleistungen nur zum Zweck einer Preisermittlung rechtswidrig wäre. Im Rahmen von Ausschreibungen ist die Verwaltung an die Vergabe an den günstigsten Anbieter gebunden.</p> <p>Herr H. Carstens sprach die Empfehlung aus, das Thema Ausschreibung Objektmanagement zunächst im Rahmen des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung zu bearbeiten.</p> <p>Der Vorsitzende befürwortete diesen Vorschlag und regte an, diese Thematik nach Vorlage der entsprechenden Arbeitsergebnisse im Finanzausschuss zu beraten.</p> <p>Grundsätzlich bestand bei den Ausschussmitgliedern weitgehend Einvernehmen darüber, dass die von der CDU-Fraktion vorgelegten Themen Erstellung eines EDV-Konzeptes, Ausschreibung Objektmanagement und Ausschreibung Leistungen des Bauhofes von der Verwaltung aufzuarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen sind.</p> <p><u>Protokollhinweis:</u> Im Folgenden werden die Maßnahmen der Prioritätenliste dargestellt, die im Rahmen der Sitzung detaillierter beraten wurden. Veränderungen mit einvernehmlicher Beratung sowie ohne gesonderte Abstimmung sind in der beigefügten aktualisierten Prioritätenliste (Anlage 2 zu TOP 6) abgebildet.</p> <p>Priorität 1: Ausbau Kremper Weg einschließlich Bahnquerung</p> <p>Herr H. Carstens erläuterte auf Nachfrage aus dem Ausschuss, dass der in der Prioritätenliste eingestellte Betrag für diese Maßnahme der jetzigen Finanzplanung entnommen wurde. Ein detaillierter Finanzierungsplan liegt bisher noch nicht vor.</p> <p>Weitere Fragen aus der Mitte des Ausschusses wurden von der Verwaltung beantwortet. Insbesondere wurde deutlich gemacht, dass die Stadt bei der Finanzierung der Maßnahme</p>			
			Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr. 1

Stadt Itzehoe Der Bürgermeister	Seite	Ergänzungsblatt Nr.1
Gremium Finanzausschuss		TOP 6
<input type="checkbox"/> Erläuterungen	<input checked="" type="checkbox"/> Beschluß-/Entscheidungsvorschlag	
<input checked="" type="checkbox"/> Aussprache	<input type="checkbox"/> Abweichende(r) Beschluß/Entscheidung	
	<input type="checkbox"/> Ergänzende(r) Beschluß/Entscheidung	
<p>können. Erst ab dem Zeitraum 2006/2007 ist mit dem Eingang von Beträgen der Beteiligten zu rechnen. Zudem darf von vorzeitig eingehenden Abschlagszahlungen der Bahn oder des Bund nicht ausgegangen werden. Der Zuschussatz für den Stadtanteil der Baukosten wird voraussichtlich 75 % betragen. Unter Umständen wird eine Zwischenfinanzierung über Kassenkredite unter Einhaltung der rechtlichen Vorgaben erfolgen müssen. Ratsherr Scheidler gab zu bedenken, das der Kreditbedarf im Rahmen dieser Maßnahme unter Umständen höher ausfällt, als der Höchstbetrag der Kassenkredite bzw. der Betrag der Kreditermächtigung aus der Haushaltssatzung.</p> <p>Nach kurzer Diskussion forderte das Gremium die Verwaltung einvernehmlich auf, möglichst zeitnah sowohl einen Ablauf- als auch einen Finanzierungsplan für diese Maßnahme zu erarbeiten.</p> <p>Priorität 2/3: Maßnahmen im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzeptes</p> <p>Gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion (s. Anlage 1 zu TOP 6) beantragte Ratsherr Lübbert, 326.000,00 € für Maßnahmen im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzeptes statt für die geplante Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen im städtischen Wohnungsbesitz in den Haushalt einzustellen.</p> <p>Nach Erläuterung der Notwendigkeit, dass im Rahmen der Prioritätenliste frühzeitig Signale von der Selbstverwaltung gesetzt werden müssen, wo sie ihre Schwerpunkte sieht, damit die Verwaltung eine Planungsgrundlage für die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen hat (z.B. Erstellung HU Bau), bestand weitgehend Einvernehmen darüber, einen Beschluss über den vorliegenden Antrag herbeizuführen.</p> <p>Priorität 1: Ausbau Kreuzung Langer Peter/Juliengardeweg</p> <p><u>Protokollnotiz:</u></p> <p>Die Maßnahme wird unter Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 150.000,00 € durchgeführt. Der Zuschussbetrag wurde bereits im Haushaltsjahr 2005 veranschlagt.</p> <p>Priorität 1/2: Ausbau IT-Technik</p> <p>Die vorgesehenen Mittel in der Priorität 1 und 2 in Höhe von jeweils 100.000,00 € werden nur vorbehaltlich der Erarbeitung und Vorlage eines neuen auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zugeschnittenen IT-Konzeptes zur Verfügung gestellt.</p> <p>Priorität 2: Frankiermaschine</p> <p>Die Verwaltung erhält den Auftrag, zu prüfen, ob die Einrichtung einer IT-gestützten Frankierung der Post kostengünstiger ist, als die geplante Beschaffung der Frankiermaschine für die Poststelle.</p>		
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr. 2

Stadt Itzehoe Der Bürgermeister	Seite	Ergänzungsblatt Nr.2
Gremium Finanzausschuss		TOP 6
<input type="checkbox"/> Erläuterungen	<input checked="" type="checkbox"/> Beschluß-/Entscheidungsvorschlag	
<input checked="" type="checkbox"/> Aussprache	<input type="checkbox"/> Abweichende(r) Beschluß/Entscheidung	
<input type="checkbox"/> Ergänzende(r) Beschluß/Entscheidung		
Priorität 2: Beschaffung einer Telefonanlage		
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Kauf der Telefonanlage die wirtschaftlichste Lösung widerspiegelt (alternativ z.B. Leasing). Diese Untersuchung ist im Rahmen der Erstellung des IT-Konzeptes vorzunehmen.		
Priorität 5: Erneuerung Bestuhlung theater itzehoe		
Bürgermeister Blaschke teilte auf Nachfrage aus der Mitte des Ausschusses mit, dass bisher ca. 100 Stühle von Spendern für die Erneuerung der Bestuhlung des Theaters unter Vorbehalt gezeichnet wurden. Daraus ergibt sich jedoch kein Handlungszwang für die Stadt, absehbar die Bestuhlung des Theaters zu erneuern.		
Der Leiter des Amtes für Finanzen machte deutlich, dass vom Kreis Steinburg in den nächsten Jahren kein Zuschuss für die Beschaffung einer neuen Bestuhlung des Theaters zu erwarten ist, da im Haushaltsplan des Kreises weder für das Jahr 2005 noch über die Finanzplanung für die Folgejahre ein Betrag für dieses Vorhaben eingestellt ist.		
Nachdem keine weitere Aussprache zur Prioritätenliste gewünscht wurde, ließ der Vorsitzende über die Liste mit den protokollierten Änderungen abstimmen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig.		
<u>Protokollhinweis:</u>		
Eine aktualisierte Prioritätenliste mit dem Stand nach Beratung des Finanzausschusses vom 11.04.2005 ist als Anlage beigefügt.		
		Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.

Allgemeines zur Prioritätenliste

Aus 2004: Vorrang Schule und Energie

Neu –Maßnahmen nach dem Wohnraumversorgungskonzept

Erstellung eines EDV-Konzeptes

Die Verwaltung erstellt zur Zeit eine Aufgabenkritik mit dem Ziel:

- die für die Durchführung der notwendigen kommunalen Aufgaben erforderlichen Personalbemessungen festzulegen.
- für über notwendige Aufgaben der Kommune hinausgehende Leistungen ebenfalls die Personalbemessung festzulegen.

Letztendlich wird sich die Verwaltung einer veränderten Aufgabenstruktur mit verändertem Personalbestand stellen müssen.

Vor diesem Hintergrund wird eine leistungsunterstützende EDV dringend notwendig. Die Vorlage bzw. Erstellung eines zukunftsfähigen EDV-Konzeptes durch Externe ist dringend geboten. Entsprechende Mittel sind im Vermögenshaushalt 2006 einzuplanen.

Ausschreibung Objektmanagement / Gebäudemanagement

Die öffentlichen Gebäude werden zur Zeit von einer Vielzahl von Mitarbeitern und extern Beauftragen betreut. Immer wieder kommt es zu Diskussionen, ob die Vergabe und Erledigung der notwendigen Arbeiten zum Erhalt und zum Betrieb der Gebäude leistungs- und kostengerecht ausgeführt werden. Ein Vergleich von Aufwendungen und Kosten bei einer anderen Art der Betreuung wurde bislang nicht erstellt bzw. erbracht.

Angedacht ist die Ausschreibung der Objektbetreuung sämtlicher städtischer Objekte: Rathaus, Schulen, Museen, Bücherei, öffentliche Toiletten, Theater, Wohngebäude, Jugendherberge, etc., evtl. auch Grünanlagen, öffentliche Plätze und Strassen (Reinigung / Winterdienst) etc., vor dem Hintergrund eventuell mögliche Kosteneinspareffekte zu erzielen.

Denkbar sind Einsparpotenziale im Bereich der Hausmeisterei (Pooling), Instandhaltung, Betriebskosten.

Daneben soll ein Instandhaltungs- und Modernisierungsplan erstellt werden, um zukünftige Investitionen „lenkbar“ zu gestalten.

Entsprechende Mittel sind im Vermögenshaushalt 2006 einzuplanen.

Ausschreibung Leistungen des Bauhofes

Zur Zeit erfolgt eine interne Leistungsverrechnung der Leistungen des Bauhofes. Diese führt systembedingt immer zu einer nahezu 100%-igen Auslastung des Bauhofes. Ein erheblich leistungsbezogeneres Bild ergibt sich durch Abrechnung der Leistungen des Bauhofes zu Marktpreisen.

Eine Anzahl von Leistungen wird auch heute fremd vergeben, da zeitbedingt oder gerätebedingt nicht alle Leistungen immer zum gewünschten Zeitpunkt vom Bauhof erbracht werden können. Das heißt: Arbeiten werden auch heute fremd vergeben.

Es wäre also möglich eine Leistungsausschreibung zu erstellen, mit dem Ziel Mittelpreise für die Leistungen des Bauhofes festzulegen, nach denen dann die Leistungen des Bauhofes abgerechnet würden. Evtl. zeigt sich dann, dass unser Bauhof besser arbeitet, als ein privates Unternehmen, auf jeden Fall erhalten wir ein leistungsbezogeneres Bild vom Bauhof.

Entsprechende Mittel für eine derartige Ausschreibung sind im Vermögenshaushalt 2006 einzuplanen.

Wohnraumversorgungskonzept – Stadtentwicklungsplanung

Das vorliegende Wohnraumversorgungskonzept zeigt dringend notwendigen Handlungsbedarf in vielen Bereichen auf. Egal ob die abzuleitenden Maßnahmen von der Verwaltung selbst oder durch Unterstützung fremder Planungsbüros erbracht werden, für die Durchführung von Maßnahmen werden Gelder notwendig.

Vorschlag: Einmaliger Verzicht auf die Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen im städtischen Wohnbesitz im Jahr 2006 (Mietbestand – auch wegen Ausschreibung s.o.) und Verwendung der in Ansatz gebrachten Mittel für die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Wohnraumversorgung. Die konkreten Maßnahmen werden in den jeweiligen Ausschüssen beraten, festgelegt und beschlossen.

z.B. Reduzierung der Kaufpreise bei Baulanderwerb junger Familien
Erweiterung von Grünbereichen, verbesserte Pflege unserer Parkanlagen

Mittelansatz 2005 200.000,00€ Kategorie 2
 126.000,00€ Kategorie 3

Antrag CDU-Fraktion
11.04.2005

Prioritätenliste der Stadt Itzehoe
Aufstellung der Maßnahmen des Vermögenshaushaltes 2006 (Stand: nach Finanzausschuss am 11.04.2005)

						Einnahmen des Vermögenshaushaltes:			-697.800	-697.800
						Tilgung von Krediten:				-1.557.800
Rang- folge	Kateg orie	lfd. Nr. I-Pr. 04 - 08	HHSt.	Bezeichnung	Erläuterungen	Ansatz EUR	Zuschuss EUR	Finanzierungs- bedarf Maß- nahme - EUR	Kredit- aufnahme EUR	Netto-Kredit- aufnahme EUR
1	1	129	66503.9501 66503.9600	Ausbau Kremper Weg - L 120 - einschl. Bahnquerung	Zuweisungen von Bund und Bahn	5.155.000	4.499.800	655.200	-42.600	-1.600.400
2	1	144	88001.9325	Leibrentenzahlungen		70.000	0	70.000	27.400	-1.530.400
3	1	106	61501.9860	Zuw. an Sanierungsträger einschl. Städtebauförderungsmittel		200.000	0	200.000	227.400	-1.330.400
4	1	123	66010.9500 66010.9513	Ausbau Kreuzung Langer Peter/ Juliengardeweg	112.000 € Baukosten 150.000 € Ablösebetrag Beteiligung des Bundes	262.000	0	262.000	489.400	-1.068.400
5	1	139	77104.9400	Heizungssanierung Baubetriebsh.		73.000	0	73.000	562.400	-995.400
6	1	11	06101.9359	Ausbau der IT-Technik	u.a. neues Meldewesen (100.000 € in Kategorie 2)	100.000	0	100.000	662.400	-895.400
7	1	neu		Brandschutzmaßnahmen Klosterhof-Schule	Auflagen aus Brandverhütungs- schau; Schulbaufördermittel werden vorauss. beantragt	245.000	0	245.000	907.400	-650.400
8	1	77	35203.9400	Sanierung Parkdeck Stadtbibliothek		270.000	0	270.000	1.177.400	-380.400
9	1	116	63014.9500	Erschließung Gewerbegebiet "nördlich Dwerweg"		187.000	0	187.000	1.364.400	-193.400
10	1	120	63050.9500	Erschließung Wohngebiet "Elbeblick"		123.000	0	123.000	1.487.400	-70.400
11	1	122	63076.9500	Ausbau Fahrbahn Gasstraße		387.000	0	387.000	1.874.400	316.600
12	1	131	67001.9520	Herstellung von Beleuchtungsanl.		50.000	0	50.000	1.924.400	366.600
13	1	134	70002.9550	Aufw. f. Oberflächenentwässerung		180.000	0	180.000	2.104.400	546.600
14	1	29	21135.9500	Umgest. Schulhof Fehrs-Schule		36.000	0	36.000	2.140.400	582.600
15	1	98	59017.9500	Öff. Grünanl. Elbeblick - II. BA	41.000 € verschoben auf 2007	50.000	0	50.000	2.190.400	632.600
16	1	110	63001.9501	Gehwege und Sanierung von Baumstandorten		10.000	0	10.000	2.200.400	642.600

17	1	146	88101.9320	Grunderwerbs- und Vermarktungskosten	(25.000 € in Kategorie 2, 123.000 € in Kategorie 5)	5.000	0	5.000	2.205.400	647.600
18	1	9	06003.9400	Blendschutzeinr. Rathaus		34.000	0	34.000	2.239.400	681.600
									2.239.400	681.600
19	1a/3	40	21315.9400	Sanierung Sporthallenboden Klosterhof-Schule	Schulbaufonds, wenn auch Dachsanierung (Kat. 1 a)	46.000	9200	36.800	2.276.200	718.400
20	1a/4	71	32112.9400	Fenstersanierung Wenzel-Hablik-Museum		62.000	0	62.000	2.338.200	780.400
21	1a/4	41	21316.9400	Dachsanierung Sporthalle Klosterhof-Schule	Schulbaufonds, wenn auch Sportbodensan.	91.000	22700	68.300	2.406.500	848.700
22	1a/4	26	21122.9400	Fenstersanierung Ernst-Moritz-Arndt-Schule		82.000	0	82.000	2.488.500	930.700
23	1a/5	75	35002.9400	Fenstersanierung Georg-Löck-Haus		62.000	0	62.000	2.550.500	992.700
									2.550.500	992.700
24	2	19	21111.9350 u. a.	Besch. v. bewegl. Vermögen einschl. EDV-Ausstattung	für alle städt. Schulen	150.000	0	150.000	2.700.500	1.142.700
25	2	11	06101.9359	Ausbau der IT-Technik	(100.000 € in Kategorie 1)	100.000	0	100.000	2.800.500	1.242.700
26	2	14	13001.9353	Ausrüstungsgegenst. Feuerwehr	Förderung über § 31 FAG	10.000	2.000	8.000	2.808.500	1.250.700
27	2	114	63001.9508	Verschleißdecken		50.000	0	50.000	2.858.500	1.300.700
28	2	136	77101.9353	Maschinen und Geräte Baubetriebshof	nur Kleingeräte (51.000 € in Kategorie 5)	28.000	0	28.000	2.886.500	1.328.700
29	2	73	33112.9353	Maschinen und Geräte theater itzehoe	Investitionsstau	30.000	0	30.000	2.916.500	1.358.700
30	2	100	61001.9353	Maschinen und Geräte Stadtplanungsabteilung	Vermessungsgerät ist defekt	3.000	0	3.000	2.919.500	1.361.700
31	2	89	56001.9350	Maschinen und Geräte für städt. Sportplätze	Keine Mittel in 2004 und 2005	3.000	0	3.000	2.922.500	1.364.700
32	2	neu*		Maßnahmen im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzeptes	(126.000 € in Kategorie 3)	200.000	0	200.000	3.122.500	1.564.700
33	2	94	58101.9560	Ausbau u. Instandsetzung von Kinderspielplätzen		35.000	0	35.000	3.157.500	1.599.700
34	2	6	06001.9352	Maschinen und Geräte	Frankiermaschine	5.000	0	5.000	3.162.500	1.604.700
35	2	15	13001.9355	Beschaffung eines Bootes für die Feuerwehr	Förderung über § 31 FAG	26.000	5.200	20.800	3.183.300	1.625.500

36	2	57	22131.9358	Turn- und Sportgeräte Sportzentrum am Lehmwohld	notwendige Ersatzbeschaffungen	2.000	0	2.000	3.185.300	1.627.500
37	2	90	56002.9550	Sanierung von Sportplätzen		54.000	0	54.000	3.239.300	1.681.500
38	2	12	06102.9359	Beschaffung einer Telefonanlage	Rathaus	100.000	0	100.000	3.339.300	1.781.500
39	2	neu	06001.9352	Maschinen und Geräte Reinigungsgerät Rathaus		1.000	0	1.000	3.340.300	1.782.500
40	2	neu	21601.9352	Maschinen und Geräte Reinigungsgerät Klosterhof-Sch.		1.000	0	1.000	3.341.300	1.783.500
41	2	7	06001.9355	Beschaffung von Fahrzeugen Dienst-PKW Verwaltung		12.000	0	12.000	3.353.300	1.795.500
42	2	142	85501.9510	Aufwendungen für Umforstungen		3.000	0	3.000	3.356.300	1.798.500
43	2	146	88101.9320	Grunderwerbs- und Vermarktungskosten	(5.000 € in Kategorie 1, 123.000 € in Kategorie 5)	25.000	0	25.000	3.381.300	1.823.500
44	2	107	63001.9354	Beschaffung und Modernisierung von Verkehrssignalanlagen		87.000	0	87.000	3.468.300	1.910.500
45	2	3	02002.9350	Inventar und Geräte für Verwaltungsdienststellen		10.000	0	10.000	3.478.300	1.920.500
46	2	80	46001.9350	Einrichtungsgegenstände Jugendherberge	Bettlampen	10.000	0	10.000	3.488.300	1.930.500
47	2	82	46011.9350	Einrichtungsgegenstände Haus der Jugend	Erneuerung Musikanlage	5.000	0	5.000	3.493.300	1.935.500
48	2	84	46021.9350	Einrichtungsgegenstände Begegnungsstätte Wellenkamp	Mobiliar (5.000 € in Kategorie 5)	5.000	0	5.000	3.498.300	1.940.500
									3.498.300	1.940.500
49	3	138	77103.9400	Flachdachsanierung Baubetriebs- hof		69.000	0	69.000	3.567.300	2.009.500
50	3	34	21143.9400	Eingangstürelemente Grundschule Sude-West		35.000	0	35.000	3.602.300	2.044.500
51	3	neu*		Maßnahmen im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzeptes	(200.000 € in Kategorie 2)	126.000	0	126.000	3.728.300	2.170.500
									3.728.300	2.170.500
52	4	67	23208.9400	Beleuchtungssanierung Auguste-Viktoria-Schule	Schulbaufonds	250.000	50.000	200.000	3.928.300	2.370.500
53	4	48	21339.9400	Sanierung Beleuchtungsanlage Hauptschule Sude		70.000	0	70.000	3.998.300	2.440.500
54	4	5	02005.9400	Heizungsanlage Rathaus		110.000	0	110.000	4.108.300	2.550.500

55	4	39	21314.9400	Feuerungsanlage Sporthalle Klosterhof-Schule	Schulbaufonds, wenn zusammen mit Sportbodensan. und Dachsanierung	75.000	15.000	60.000	4.168.300	2.610.500
									4.168.300	2.610.500
56	5	93	58003.9500	Neugestaltung Prinzesshofpark		50.000	0	50.000	4.218.300	2.660.500
57	5	72	33112.9350	Erneuerung Bestuhlung theater itzehoe	Zuschuss des Kreises ?	250.000	175.000	75.000	4.293.300	2.735.500
58	5	2	02001.9357	Tonübertragungsanlage Stände- saal		4.000	0	4.000	4.297.300	2.739.500
59	5	84	46021.9350	Einrichtungsgegenstände Begegnungsstätte Wellenkamp	Mobiliar (5.000 € in Kategorie 2)	5.000	0	5.000	4.302.300	2.744.500
60	5	92	58001.9500 58001.9507 59001.9500	Anpflanzung und Möblierung in Grünanlagen		15.000	0	15.000	4.317.300	2.759.500
61	5	109	63001.9500	Begrünung von Straßen einschl. Anpflanzungen		30.000	0	30.000	4.347.300	2.789.500
62	5	112	63001.9503	Radwege u. Radverkehrsanlagen		20.000	0	20.000	4.367.300	2.809.500
63	5	81	46001.9505	Außenanlagen Jugendherberge	Erhöhung um 1.000 € erf.	8.000	0	8.000	4.375.300	2.817.500
64	5	76	35003.9400	Heizungsanlage Georg-Löck-Haus		65.000	0	65.000	4.440.300	2.882.500
65	5	1	00001.9359	Besch. Ratsinformationssystem		20.000	0	20.000	4.460.300	2.902.500
66	5	143	85501.9515	Anlage Waldlehrpfad		5.000	0	5.000	4.465.300	2.907.500
67	5	18	20001.9520	Anpflanzungen auf Schulgrundst.		1.000	0	1.000	4.466.300	2.908.500
68	5	136	77101.9353	Maschinen und Geräte Baubetriebshof	Kommunalmaschine (28.000 € in Kategorie 2)	51.000	0	51.000	4.517.300	2.959.500
69	5	111	63001.9502	Maßnahmen zur Schulwegsicherung		10.000	0	10.000	4.527.300	2.969.500
70	5	102	61001.9604	Aufwendungen im Rahmen der regionalen Entwicklungsstrategie		10.000	0	10.000	4.537.300	2.979.500
71	5	133	70001.9552	Herstellung von Hausanschlüssen für Dritte		10.000	0	10.000	4.547.300	2.989.500
72	5	146	88101.9320	Grunderwerbs- und Vermarktungskosten	(5.000 € in Kategorie 1, 25.000 € in Kategorie 2)	123.000	0	123.000	4.670.300	3.112.500
73	5	66	23206.9400	Sanierung Eingangsbereich Auguste-Viktoria-Schule	Schulbaufonds, wenn auch Beleuchtungssan. (Kat. 4)	65.000	13.000	52.000	4.722.300	3.164.500

74	5	neu		Umbau Hausmeisterwohnung und Kellerräume Fehrs-Schule		77.000	0	77.000	4.799.300	3.241.500
75	5	17	13003.9400 13003.9600	Einrichtung einer Außenstelle für die Feuerwehr in IZ-Edendorf		285.000	0	285.000	5.084.300	3.526.500
76	5	88	55001.9880	Zuschüsse und Darlehen an Sportvereine		15.000	0	15.000	5.099.300	3.541.500
77	5	13	11501.9600	Biotopkartierung und Landschaftsplanung	vom Bauamt für keine Kategorie gemeldet	15.000	0	15.000	5.114.300	3.556.500
78	5	87	46421.9350	Einrichtungsgegenstände KiTa Sude-West	Lt. Meldung Kinder- und Jugendbüro 2006 kein Bedarf	10.000	0	10.000	5.124.300	3.566.500
						10.614.000	4.791.900	5.822.100		

neu* lfd. Nr. 145 (HHST. 88001.9400) - Modernisierung städt. Wohngrundstücke - wurde umgewidmet in Maßnahmen im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzeptes (Finanzausschuss am 11.04.2005)

Erläuterung Kategorien

- 1 Verpflichtungsermächtigung zur Fortsetzung der Maßnahme in 2006 liegt vor
Es bestehen gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen
Maßnahmen zur Verkehrssicherung
- 1a politische Gewichtung
- 2 Maßnahmen zum Funktionserhalt wesentlicher Nutzungen/Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes
- 3 Maßnahmen zur Abwehr unmittelbarer Folgeschäden
- 4 Maßnahmen zur Abwehr mittelbarer Folgeschäden
- 5 Nutzerwünsche